

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

"Bildungswesen, wohin gehst du?" möchte man sich bei dem derzeit darbietenden Szenarium fragen. Da verkündete der Ministerpräsident, Herr Prof. Biedenkopf, in seiner Regierungserklärung, dass Sachsens wichtigstes Kapital das Wissen und Können seiner Bevölkerung sei. Es sei deshalb Aufgabe der Bildungspolitik auf allen Ebenen, der Erstausbildung wie auch der Weiterbildung, das Wissen und Können unserer Bevölkerung nicht nur zu sichern, sondern stetig zu vermehren - zum Wohl der Menschen selbst und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Um diesen Anforderungen der Bildungspolitik beim Übergang zur Wissensgesellschaft gerecht zu werden, bräuchten unsere Schulen neben modernen Lehrinhalten Kontinuität, vor allem ausreichend Lehrer, gute Lehrmittel und ordentliche Schulbauten. In den kommenden Jahren ginge es darum, die Versorgung der Schulen mit Lehrern zu verbessern, ein möglichst engmaschiges Schulnetz zu erhalten, den Unterrichtsausfall weiter abzusenken und die Qualität des Unterrichts weiter zu steigern.

Der Landeselternrat begrüßte, dass vom Ministerpräsidenten Worte für eine Verbesserung der Bildung in Sachsen zu hören waren, leider reichlich spät, denn schon seit Jahren hatte der Landeselternrat auf notwendige Veränderungen hingewiesen.

Inzwischen hat sich jedoch die Situation wieder geändert, denn diese doch eigentlich richtungsweisende Regierungserklärung scheint nur den Charakter einer "Sonntagsrede" gehabt zu haben. Mittlerweile ließ nämlich der Finanzminister in der Presse verkünden, dass im nächsten Haushalt 500 Millionen DM pro Jahr und bis zum Jahr 2004 insgesamt 7.000 Lehrstellen eingespart werden sollen. In einem Gespräch mit dem Landeselternrat am 11. Mai äußerte der Finanzminister, dass es denkbar sei, einen Teil, der durch Schülerrückgang und Schulschließungen frei werdenden Mittel für die Schulbildung einzusetzen. Jedoch setzte er einschränkend voraus, dass auf Grund des Schülerrückgangs erst Schulen geschlossen werden müssten, ehe Mittel frei würden. Am Tag darauf hatten "Leipziger Volkszeitung" und DNN über "Kopfprämien" für freiwillige Schulschließungen berichtet. Inzwischen hat das Finanzministerium die Berichte über entsprechende Pläne als „Spekulationen“ zurückgewiesen. Es liege noch kein Beschluss über Details vor, sagte Sprecherin Vera Kretschmer. Die Förderung solle über das Finanzausgleichsgesetz zwischen Land, Kreisen und Kommunen geregelt werden, wobei der Freistaat laut Zeitungsberichten für die unpopulären Schulschließungen am tiefsten in die Tasche greifen wolle, denn die freiwillige Schließung von Bildungseinrichtungen soll den Kommunen mit der Zahlung von bis 5.000 Mark pro Schüler vergolten werden. Wäre das nicht ein Anreiz für Kommunen, um ihre überschuldeten Haushalte zu sanieren?

Auch der Kultusminister hat ein eigenes "Reformkonzept" fertig gestellt, das am 16. Mai in der Presse veröffentlicht wurde. Kernstück des Papiers sind Maßnahmen zur „Qualitätssicherung von Bildung und Erziehung“, wie z. B.

- Beibehaltung von 75 Prozent der bisherigen Lehrerstellen trotz eines Rückgangs von 230.000 auf etwa 100.000 Grundschüler. Den notwendigen Personalabbau möchte er durch Teilzeitregelungen sozialverträglicher gestalten. (Es stellt sich dabei die Frage, wie weit Grundschullehrer noch teilzeitgerecht werden sollen, wo sie doch mittlerweile am untersten Limit angekommen sind?)
- Reduzierung der Zahl der Schulstandorte um maximal ein Viertel.
- Nutzung frei werdender Kapazitäten, um Unterrichtsangebote zu qualifizieren und Stundenausfälle zu verhindern.

Röbber begründet den Vorschlag damit, dass allein dieses Jahr 700 Lehrerstellen planmäßig wegfallen und die Reserven für das so genannte schulische Ergänzungsangebot aufgebraucht sind. Werde nicht gehandelt, drohe die „Zunahme des Unterrichtsausfalls“.

Weiterhin schlägt er vor:

- Einführung von "Kontaktstunden", die Lehrern und Schülern zur individuellen Lösung von schulischen Problemen zur Verfügung stehen.
- Eine Staffelung der Mindest-Schülerzahlen, um übermäßige Schulschließungen im ländlichen Raum zu verhindern. Während in Städten weiterhin 25 Schüler pro Klasse notwendig wären, sollen auf dem Land künftig bereits 20 ausreichen. Allerdings sollen die unterschiedlichen Richtwerte zwi-

schen Stadt und Land keine Auswirkung auf den gültigen Klassenteiler von 33 Schülern haben. An der Zweizügigkeit bei Mittelschulen will Rößler dagegen festhalten. Auch Gymnasien sollen „im Regelfall“ weiter dreizügig bleiben.

Der Landeselternrat begrüßt diese Vorschläge, die ein erster Schritt in die richtige Richtung sein könnten, denn damit würden einige unserer Vorstellungen, die wir seit Jahren fordern, wenigstens teilweise umgesetzt. Das ganze jedoch als "Reform" zu bezeichnen, dürfte sehr weit her geholt sein - man könnte eher von strukturellen Veränderungen sprechen, zumal auf Grund der Beibehaltung des Klassenteilers und der Mehrzügigkeit bei Mittelschulen und Gymnasien das "Schulsterben" vor allem im ländlichen Raum weitergeht.

Es kann nun mit Spannung verfolgt werden, wer von den beiden Ministern schließlich obsiegt. Sollte etwa der Finanzminister nach den letzten Äußerungen des Ministerpräsidenten favorisiert sein?

Wir Eltern als Hauptverantwortliche für die Erziehung unserer Kinder fordern jedoch endlich Maßnahmen für eine gesicherte und qualitätsgerechte Bildung und Erziehung unserer Kinder.

Schulische Bildung soll zur Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen. Es sollen Fähigkeiten und Werthaltungen vermittelt sowie Freude am Lernen geweckt werden. So steht es im sächsischen Schulgesetz gemäß dem Grundgesetz unserer Bundesrepublik Deutschland.

Die Praxis ist bis auf Ausnahmen von der Umsetzung weit entfernt. Dies wissen am besten die Schüler zu berichten. Die Lehrer in Sachsen scheitern in der Regel an den vorhandenen, vorgegebenen Rahmenbedingungen. Statt Bildung und Erziehung bleibt oft nur Zeit zu Wissensvermittlung mit einem geringen Lerneffekt.

Stress für alle Seiten - Schüler und Lehrer klagen unter dem Leistungsdruck und dem Zeitmangel für Kommunikation, Eltern über die zu geringe Motivation und Stress ihrer Kinder durch die Schule, und die Hochschulen sowie Industrie über schlechte Grundkenntnisse.

Wir haben uns heute hier versammelt, weil wir den verbalen Zusagen der Ministerriege nicht trauen, da auch andere Ressorts finanzielle Forderungen stellen werden. Worte allein reichen nicht, damit wirklich die Gelder zur Verfügung stehen, um endlich Sachsens Bildung einen anderen Stellenwert zu verschaffen.

Das Kultusministerium muss dem Bildungsausschuss und den Abgeordneten des Landtages den zusätzlichen Finanzbedarf zur Umsetzung der notwendigen Forderungen auf den Tisch legen, damit eine wirklich ausreichende Finanzausstattung der Bildung im neuen Haushaltsplan des Landes durchgesetzt wird.

Die Bildung unserer Kinder kann mangels Geldes nicht aufgeschoben werden, aber vielleicht der Bau mancher Straßenkilometer, um nur ein Beispiel zu nennen.

Schon der bisherige Denkansatz bezüglich der Finanzen ist nicht mehr zeitgemäß. Weniger Geld, weniger Wirkung - so kann heute kein Unternehmen mehr arbeiten. Auch ein Ministerium wird diesbezüglich seine Arbeitsweise ändern müssen. Das Kultusministerium muss gewissermaßen die Denkfabrik des Landtages sein. Mit dem vorliegenden Szenario ist man allerdings hinter diesen Erwartungen zurückgeblieben. Die Frage ist doch, wie kann man mit dem vorhandenen Geld möglichst zu neuen effizienteren Lösungen kommen, die zu aller erst natürlich einen hochwertigen Unterricht gewährleisten, und das mit wenig oder möglichst keinem Transportstress für die Kinder.

Der Landeselternrat hat in vielen Gesprächen und Resolutionen bereits seine Forderungen vorgetragen, die ich nochmals nenne:

1. Die gegenwärtige Situation ist nicht plötzlich entstanden, sondern hat sich in den letzten Jahren herausgebildet. Bestimmte Faktoren und auch Versäumnisse von Politik und Schule haben diese Entwicklung begünstigt. Deshalb ist eine genaue Analyse dringend erforderlich.
2. Jeder an Erziehung Beteiligte, ob in Politik, Schule, Betrieb, Verein, und auch Elternhaus, muss mithelfen und mitbewegen. Dabei wird es für uns schwer sein, alle Eltern zu erreichen, denn viele haben wegen der bisherigen Schulpolitik in Sachsen aus Enttäuschung, Frustration und Wut resigniert.

3. Die Politik muss sich endlich bekennen, denn die Erziehung und Bildung unserer Kinder ist nicht zuerst ein Kostenfaktor, sondern eine wichtige Zukunftsaufgabe.
4. Wir Eltern wollen keine großen Schulfabriken mit weit über tausend Schülern. Diese haben sich auch in anderen Bundesländern nicht bewährt und zu sozialem Zündstoff geführt. Schule muss für alle Beteiligten in einem überschaubaren Rahmen bleiben.
5. Nachdem in den letzten Jahren viele, viele Grundschulen vor allem im ländlichen Bereich geschlossen wurden, wird auch für die Mittelschulen der Schülerrückgang bei Weiterführung der jetzigen sächsischen Bildungspolitik zu einem "Schulsterben" größeren Ausmaßes führen. Maßgebende beeinflussende Faktoren hierfür sind der hohe Klassenteiler sowie die auf Grund des Profilunterrichtes geforderte Mehrzügigkeit der Mittelschulen. Bleiben werden nach den bisher bekannten, vom Finanzminister unterstützten Plänen, fast nur Mittelschulen in den größeren Städten. Zudem werden die Eltern - wie auch schon bei geschlossenen Grundschulen - mit Zuzahlungen in Größenordnungen zum Schulbustransport beglückt und zur Kasse gebeten, obwohl es bestimmt nicht ihr Wille war oder ist, dass die bisherige Schule geschlossen wird.

Wir fordern in Anlehnung an durchgeführte Projekte eine Umorientierung der Mittelschule mit einer Basisausbildung und dem Angebot der Profilausbildung in Gruppen, z.B. in Technik und Hauswirtschaft. Mit dieser Option kann auch eine einzügige kleine Mittelschule ihre bildungspolitische, kulturelle und soziale Bedeutung im Wohnumfeld behalten. Erfahrungen von Kindern und Eltern zeigen darüber hinaus, dass an überlasteten großen Schulen der Wirkungsgrad von Erziehung und Bildung oft durch ein schlechteres Schüler-Lehrerverhältnis leidet.

6. Wir fordern den Landtag auf, die Mittelschulstruktur auf dem Land zu erhalten. Heimatverbundenheit wird vor allem im Kindes- und Jugendalter gelegt und ist nicht nur ein Sozialisationsfaktor, sondern ein Umstand, der auch in der Hinsicht von Bedeutung ist, dass die Kinder nach einer Berufsausbildung wieder Arbeit in Sachsen suchen bzw. aufbauen, damit Sachsen nicht ein Bundesland der "Alten" wird. Den Kindern wird außerdem nicht weiter Zeit gestohlen, die durch längere Schülerbeförderung verloren geht.
7. Die hohe Anzahl der Unfälle mit Kindern macht uns betroffen. Ein beträchtlicher Teil davon geschieht auf dem Schulweg. Je länger die Schulwege werden, desto größer sind auch die Gefahren für die Kinder. Die Schulwege sind bereits lang genug! Wir fordern, die Verlängerung der Schulwege und Schülerbeförderungszeiten zu stoppen. Die Kinder sollen nicht zu einer Generation der "Busfahrer" erzogen werden. Zudem fordert der Landeselternrat für jedes Kind einen Sitzplatz im Bus - gleich ob Linienbus oder Schulbus - und die Einführung der Anschnallpflicht.
8. Unsere Kinder sollen nicht Erziehung und Bildung entsprechend den Umständen erhalten. Sie haben ein gesetzlich verankertes Recht darauf, Bildung und Erziehung vollständig in Anspruch nehmen zu können. Deshalb fordern wir eine Qualitätsverbesserung der schulischen Bildung. Hierzu gehört die Reduzierung der zum Teil hohen Stundenausfälle für einzelne Klassen oder Schulen – sowohl planmäßig als auch außerplanmäßig, aber nicht durch Streichen des Ergänzungsbereiches. Bei Prüfungen und im Leben fragt keiner, ob das fehlende Wissen außerplanmäßig oder planmäßig zu Stande kam. Die vom Kultusministerium vorgelegten Statistiken zum Unterrichtsausfall an allgemeinbildenden Schulen sind unserer Meinung nach reine Schönfärberei. Für dieses Schuljahr wurde ein Unterrichtsausfall - sowohl planmäßig als auch außerplanmäßig - von insgesamt 3,4 % für Sachsen gemeldet. Schon der Erhebungszeitraum vom 20. September bis zum 8. Oktober, also kurz nach Beginn des Schuljahres, zeigt, dass zumindest zu diesem Zeitpunkt noch die meisten Lehrer gesund waren. Eigene Erhebungen der Eltern an Schulen über einen längeren Zeitraum weisen jedoch einen erheblich höheren Ausfall, teilweise weit über 10 % auf. Auch die "Nicht fachgerechte Vertretung" in Höhe von 1,3 % dürfte den gleichen Fehlerquellen unterliegen.  
Der Landeselternrat fordert: Schluss mit dieser Augenwischerei. Es muss eine ehrliche Erhebung über das gesamte Schuljahr hinweg geführt werden.
9. Mehr Selbstbestimmung an der Schule, wirtschaftliche Befugnisse des Schulleiters und eine enge Zusammenarbeit mit Schülern und Eltern sind Faktoren, die ein Schulprogramm entstehen lassen und Qualität der Schule verbessern helfen.

10. Alle Parteien rechnen mit 25 Schülern pro Klasse als Richtzahl. In großen Klassen sind Schüler benachteiligt. Die sozialen Probleme der Schüler sind dort nur schwerlich lösbar. Die Mindestschülerzahl wurde in der letzten Legislaturperiode hochgesetzt. In diesem Schuljahr gibt es wieder eine große Anzahl Klassen mit 26 bis 32 Schülern, wobei in der Grundschule 18,1 % bei 25 - 28, 3,6 % bei über 28 Kindern liegen. Im Mittelschulbereich betragen die Werte 34,3% (25 - 28) und 14,0% (über 28) und im Gymnasialbereich 42,7 % (25 - 28) und 24,4 % (über 28). Wir fordern, dass der als vernünftig erkannte Klassenteiler von 25 Kindern endlich als Richtzahl für die finanzielle Ausstattung der Bildung durch Gesetz oder Verordnung erhoben wird.

In Sachsen wohnen viele Familien „in der Platte“. Wer es sich finanziell leisten kann, sucht sich meist Wohnraum in besserer Lage. Zuzüge kommen spärlich und oft von sozial schwächer gestellten Bürgern. Soziale Spannungen bleiben nicht aus. Schule kann da mit ausgleichen: mit kleineren Klassenstärken, mit der Öffnung der Schule als Begegnungsstätte in der Freizeit, und der Beförderung der Sozialarbeit. Wir fordern deshalb, Schulen aller Schularten in den Plattensiedlungen auch mit kleineren Klassenstärken zu belassen.

11. Die neuen Medien finden wir in Kinderzimmern, Freizeiteinrichtungen, in Schulen und später in allen Berufen, wodurch neue erzieherische Anforderungen zum Umgang mit PC, Video und Internet entstehen. Medienkompetenz schafft Verständnis für neue Wissensangebote und unterstützt Anforderungen des lebenslangen Lernens. Deshalb muss die fächerübergreifende Medienerziehung im Unterricht und in der Aus- und Weiterbildung der Lehrer einen wichtigen Platz erhalten.
12. Wir anerkennen, dass versucht wird, Neues auszuprobieren. Die Einrichtung von Hochbegabten- und Eliteschulen löst jedoch allein nicht die Bildungsfragen in Sachsen. Wir sehen in der Förderung der Besten an jeder Schule für die große Mehrheit der Schüler den geeigneteren Weg. Dadurch ist die Wettbewerbswirkung auf die Schulkameraden, der Ansporn nachzueifern besser gegeben. Gleichermassen muss auch die Förderung der Schwächeren einen entsprechenden Stellenwert haben.

Jede Schule muss die Chance haben, Schüler auf verschiedenen Leistungsniveaus sinnvoll zu fördern. Vertiefte Sprachausbildung, bilinguale Unterrichtseinheiten dürfen zum Beispiel nicht nur wenigen ausgewählten Schulen vorbehalten bleiben, sondern müssen durch Lehrerweiterbildung, die Zulassung kleinerer Schülergruppen sowie durch zusätzliche Stunden für den erweiterten Förderunterricht im Grundschulbereich Schülern vieler Schulen ermöglicht werden.

13. Wir fordern anstelle von Anhörungsrechten reale Mitwirkungsrechte für Eltern, um das Verantwortungsbewusstsein und die Motivation der Eltern für die Erziehungs- und Bildungsaufgaben an der Schule zu stärken. Lehrer brauchen die Eltern als aktive Partner. Demokratieverständnis muss in der Schule gelernt werden. Hierzu gehört unter anderem auch die paritätische Zusammensetzung der Schulkonferenz zwischen Lehrern, Eltern und Schülern, Mitsprache bei der Besetzung von Schulleiterstellen und aktive Mitwirkung bei Schulnetzplanungen.
14. Die Schule ist zu unpersönlich geworden. Lehrer haben kaum Zeit mit ihren Schülern zu reden. Viele Klassenlehrer haben beispielsweise nur 4 bis 5 Stunden pro Woche in ihrer Klasse Unterricht, wobei sie von dem zu bewältigenden Pensum kaum Zeit abzwacken können. Fachlehrer an Gymnasien unterrichten pro Woche zumeist mehr als 200 Kinder – können die Schüler also kaum kennen – es sei denn, sie fallen auf in positiver wie auch negativer Hinsicht. Wir fordern eine Entrümpelung der Lehrpläne und mehr Zeit für Lehrer, um Erziehungsarbeit zu leisten. Da die Schule in der Praxis mit mehr gesellschaftlichen Problemen konfrontiert wird, plädieren wir für die Einführung einer Klassenleiterstunde, um Zeit für individuelle Lösungen zu haben.
15. Vom Kultusministerium und von den neu geschaffenen Regionalschulämtern fordern wir, dass nicht nur Gesetze treu und brav umgesetzt werden. Nein, sie als die Fachleute haben auch die Pflicht, mit Zustandsschilderungen, Aufzeigen von Entwicklungen und Vorschlägen für Veränderungen nachhaltig auf die Politik einzuwirken. Bei der Schaffung dieser Ämter wurde betont, dass sie besonders "bürgernah" sein sollten. Nach unseren Erfahrungen ist das genaue Gegenteil eingetreten. Eltern haben kaum noch Möglichkeiten mit dem Schulamt zu sprechen, geschweige den zuständigen Schulreferenten anzutreffen.

16. Wir bitten alle Eltern um Unterstützung. Entsprechend dem Grundgesetz ist Erziehung zuerst unser Recht, aber auch unsere Pflicht. Als Eltern machen wir bestimmt nicht alles richtig. Oft fehlt es an Zeit, am Willen oder an Erfahrungen – woher auch, denn Eltern haben in der Regel keine Erziehungswissenschaften studiert. Dafür ist ein gutes Miteinander zwischen Eltern untereinander und zwischen Eltern und Schule – wo es leider auch schon oftmals hapert - ein gutes Rezept.
17. Wir bitten alle Lehrerinnen und Lehrer, trotz der Stofffülle der Lehrpläne, ihren Unterricht zu überprüfen, ob es nicht Freiräume gibt, um Zeit für die Kinder zu gewinnen. Wir wissen um die Belastungen der sächsischen Lehrerschaft. Wir anerkennen die geleistete schwere Arbeit im Unterricht, bei der Pausenaufsicht und bei vielen noch außerunterrichtlich. Sicher stellen die Lehrer manchmal erschrocken fest, dass sie nicht viel wissen über ihre Schüler. Daher die Bitte an alle Lehrer: Suchen Sie das Gespräch, erkundigen Sie sich nach Befindlichkeiten und erläutern Sie auch Ihre Probleme.
18. An alle Beteiligten geht unser Appell, ein neues Klima zu schaffen. Ein Klima, das Spaß an der Schule und am Jungsein fördert. Miteinander reden und lernen, den anderen achten und andere Meinungen tolerieren, streiten lernen, ohne sich anzubrüllen oder wütend zu werden. Mit harten Schulstrafen wird man unserer Meinung nach nicht viel bewirken – eher das Gegenteil, wie viele Beispiele aus anderen Ländern aufzeigen.

Die schrecklichen Ereignisse des letzten Jahres haben unser Drängen auf Veränderungen verstärkt. Meißner muss ein Einzelfall bleiben!

Es geht nicht nur um mehr Geld, es geht auch um Freiräume und innovative Ideen, damit Schule nicht nur Ort der Wissensvermittlung, sondern Bildungseinrichtung ist, in dem sich im kommunikativen Miteinander Schüler zu Persönlichkeiten entwickeln können.

Wir sind hier versammelt, um allen zu verdeutlichen, dass unsere Zukunft und die unserer Kinder letztlich nur von einer guten Bildung gesichert werden kann, für die wir alle verantwortlich sind.

Die Abgeordneten sollten sich bei ihren Entscheidungen auf ihre Unabhängigkeit und ihre Gewissensfreiheit besinnen, denn sie haben vor allem auch Verantwortung für die zukünftige Generation.

*Eltern, Schüler, Lehrer und alle Bürger rufen wir auf: Helfen Sie, unseren Forderungen überall Gehör zu verschaffen und ihnen überall Nachdruck zu verleihen!*

*Aus diesem Grund führt der Landeselternrat zusammen mit dem Landesschülerrat, der GEW und allen Lehrerverbänden am 19. Juni 2000 landesweit einen Aktionstag an Schulen durch. Bitte unterstützen Sie uns durch Ihre Teilnahme!*

*Denn:*

*Unsere Kinder sind der wahre Reichtum Sachsens und unsere Zukunft!*

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Wolfram Sembdner  
Stellv. Vorsitzender